

Deutscher Gewerkschaftsbund
Stadtverband Köln

DGB

Bewertung der Kooperationsvereinbarung von CDU & Bündnis 90 / Die Grünen

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Stadtverband Köln**

Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Koeln@DGB.de
www.Koeln-Bonn.DGB.de

Tel. 0221 – 500032-0
Fax 0221 - 500032-20

Stand: Juni 2016



Bewertung

Kooperationsvereinbarung von CDU & Bündnis 90 / Die Grünen

Mit der Kooperationsvereinbarung beschreiben CDU und Grüne die politischen Schwerpunkte ihrer Zusammenarbeit. Sie sehen sich als "Gestaltungsbündnis" mit einer neuen, betont sachpolitischen Ausrichtung. Sie beklagen einen „Handlungsstau der Stadt Köln“, den es aufzulösen gelte. CDU und Grüne signalisieren einen politischen Neuanfang und grenzen sich deutlich von der bisherigen Politik und vom bisherigen Verwaltungshandeln ab; Alles werde besser und transparenter. Wie sieht dieser Neuanfang aus gewerkschaftlicher Sicht aus?

Sachorientierter Politikstil

An einigen Stellen wird das Papier dem eigenen Anspruch nicht gerecht. Beispielsweise wird der Ausbau des Godorfer Hafens pauschal als „ökonomische Fehlinvestition“ abgelehnt. Dies ist eine unbelegte These. Die HGK wurde erst im letzten Jahr beauftragt, ein neues Wirtschaftlichkeitsgutachten zu erstellen. Dieses Gutachten ist noch nicht abgeschlossen. Neue Zahlen liegen damit noch nicht auf dem Tisch. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist daher ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt eine ökonomische Fehlentscheidung, da die HGK auf Basis der bisherigen städtischen Beschlusslage schon erhebliche Investitionen (Planung, Wirtschaftsgutachten, Ausgleichsflächen usw.) getätigt hat. Sachorientiert wäre es gewesen, die Ergebnisse des Gutachtens abzuwarten, um auf der Basis eine Entscheidung zu treffen.

Zum Thema Verkehrspolitik kommt auch Kritik aus den eigenen Reihen der Kooperationspartner: Nach der Presseberichterstattung der Kölnischen Rundschau haben verschiedene Mitglieder beim CDU-Parteitag am 13. März 2016 den Verzicht auf einen Ausbau des Gürtels in Niehl als „grüne Klientelpolitik“ bezeichnet. Der Ausbau sei sinnvoll, die CDU habe Jahrzehnte dafür gekämpft. Es sei aber für die Grünen eine Kernfrage gewesen, dort nur einen Radweg zuzulassen. Dass die Kölner CDU ihre jahrelange Forderung dem Wunsch von Bündnis 90 / Die Grünen unterordnet, ist keine Sach- sondern eine Machtfrage. Dabei ist die politische Wende der CDU unnötig. Schwarz-Grün hat im Rat – auch mit der OB-Stimme - keine Mehrheit. Es wäre glaubwürdiger und sachorientierter, den Dissens zwischen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen zu benennen und mit den im Rat vertretenen Parteien über eine sinnvolle Lösung zu beraten.

Damit hat das selbsternannte Gestaltungsbündnis zumindest in diesen beiden Punkten aus gewerkschaftlicher Sicht keinen glaubwürdigen Start hingelegt. Ein neuer, sachorientierter Politikstil sieht anders aus. Gleiches gilt für viele Formulierungen der Kooperationsvereinbarung, die keinen neuen, sachorientierten Politikstil dokumentieren, sondern eher wie Einzelmaßnahme-Planungen einer klassischen Koalitionsvereinbarung wirken. Dies gilt vor allem für die wichtigen Kapitel „Klimaschutz und Energie“ sowie „Wirtschaftsverkehr und Logistik“. Hier könnte sich sogar die Forderung aus Zeile 123 als Bumerang erweisen, da die „Verwaltung jeden Ressourceneinsatz kritisch auf seine Notwendigkeit hin“ prüfen soll.

Kein neuer Politikstil ist zudem darin zu erkennen, wenn Aussagen über Dritte getätigt werden. Konkret geht es um die „Revitalisierung der Konsensrunde“ zur Genehmigung von Sonntagsöffnungen. Es gibt gute Gründe, warum sich Kirchen und Gewerkschaften aus dieser sogenannten Konsensrunde zurückgezogen



haben. Bei der Genehmigung von Sonntagsöffnungen des Einzelhandels geht es um die Einhaltung von Gesetzen sowie um die Beachtung höchstrichterlicher Rechtsprechung. Darüber kann sich auch eine Konsensrunde nicht hinwegsetzen.

Fazit: „Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen“. Dieses Sprichwort ist von den Kooperationspartnerinnen bei der Ankündigung eines neuen Politikstils noch einzulösen. Es bleibt abzuwarten, wie sich CDU und Grüne in den kommenden Monaten und Jahren verhalten.

Gestaltungsbündnis

Eine zentrale Aussage steht am Ende der Vereinbarung. Dort werden alle angestrebten Maßnahmen unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Dies ist einerseits verständlich, weil die bundespolitisch gewollte und beschlossene Schuldenbremse auch die Kommunen betrifft. Andererseits ist von einem "Gestaltungsbündnis" durchaus zu erwarten, dass es über eine klare Priorisierung bei den Ausgaben entsprechende finanzielle Gestaltungsspielräume schafft. Hierzu gibt das Papier kaum Hinweise. Konkret wird es nur im Bereich der derzeitigen KITA-Beitragsfreiheit, die auf die vom Land finanzierten zwölf Monate zurückgeführt werden soll, um die eingesparten Mittel zum Teil im OGTS-Bereich einzusetzen. Dies ist eine strategische Entscheidung; Leider wird sie mit Blick auf den angestrebten sachorientierten Politikstil in keiner Weise begründet und erweckt damit den Eindruck, dass Interessen gegeneinander ausgespielt werden.

Das Papier wirkt insgesamt eher als Wunschliste mit einer Vielzahl von (Groß-)Projekten und Initiativen, deren Umsetzung vor dem Hintergrund der Haushaltssituation und der haushalterischen Rahmenbedingungen unrealistisch ist. Die Verabschiedung des Haushalts 2016 wird daher eine erste Bewährungsprobe für CDU und Grüne sein.

Die beiden Parteien des Gestaltungsbündnisses haben im Rahmen der Kommunalpolitischen Konferenz im November 2013 Stellung bezogen und sich in einer Vielzahl von Forderungen den Gewerkschaften angeschlossen. Gleiches gilt für die Oberbürgermeisterin, welche im Zuge ihres Wahlkampfes umfangreich Stellung bezogen hat. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften erwarten, dass das Gestaltungsbündnis die Verantwortung wahrnimmt, die Ziele und Forderungen der Gewerkschaften aktiv verfolgt und diese in Entscheidungsprozesse einbindet.

Der von Schwarz-Grün bemängelte „Handlungsstau“ betrifft aus gewerkschaftlicher Sicht vor allem die Zeit nach der Kommunalwahl 2014. Ab dem Zeitpunkt zeichneten sich neue politische Mehrheitskonstellationen ab und führten zu einer Lähmung. Von daher ist es zu begrüßen, dass es nach der Kommunalwahl am 25. Mai 2014, der Neuauszählung eines Wahlkreises im Mai 2015 und der OB-Wahl am 18. Oktober 2015 endlich ein Zeichen der Zusammenarbeit gibt.

Fazit: Auch hier müssen die Kooperationspartner noch liefern und durch praktisches Handeln, bei gleichzeitiger Wahrung der Mitbestimmung und partizipativer Begleitprozesse, deutlich machen, worin der Unterschied zu klassischen Politikbündnissen besteht, von denen sie sich in der Vereinbarung deutlich abgrenzen.

Neuer Politikstil von OB Reker

Die Kooperationspartner beziehen sich in ihrer Vereinbarung auf einen „neuen Politikstil von Oberbürgermeisterin Henriette Reker“. Die neue Oberbürgermeisterin will eine überparteiliche Rolle einnehmen und für relevante Entscheidungen um breite Mehrheiten im Rat werben. Bei der Amtseinführung erklärte sie, dass es



ihr darum geht, „nicht vorrangig Mehrheiten vorauszusetzen, sondern Mehrheiten zu überzeugen.“ Dies ist auch notwendig.

Was passiert, wenn ein OB über keine Mehrheit im Rat verfügt und es nicht gelingt, Mehrheiten über Parteigrenzen zu organisieren, kann man für den Zeitraum 2009 bis 2015 in Bonn betrachten. IHK, Wohlfahrtsverbände und DGB haben mehrfach öffentlich eine gegenseitige Lähmung von Rat und Verwaltung beklagt. Dies darf in Köln nicht geschehen.

Grundlegende Ziele

Betrachtet man die zentralen Aussagen, dann bleibt das Papier an vielen Stellen vage und beschreibt eher eine grundsätzliche Richtung, die auf allgemeine Zustimmung stoßen wird. Zu nennen sind hier vor allem:

- Stärkere regionale Kooperation;
- Sicherung und gezielter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Sinne einer Leistungs- und Zukunftsfähigkeit;
- Haushaltssteuerung über Wirkung und Ziele;
- Kommunale Unterstützung einer ökologischen Industriepolitik;
- Bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur;
- Präventive Kinder- und Jugendpolitik;
- Schaffung gerechter Lebensverhältnisse;
- Grundsätzliches Bekenntnis zum Stadtwerke-Konzern und zur Daseinsvorsorge;
- Verbesserung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Diese übergeordneten Ziele finden sich in ähnlicher, teilweise detaillierterer Form auch in den Forderungen der Kölner Gewerkschaften zur Kommunal- und OB-Wahl.

Daneben will das Gestaltungsbündnis bestehende Konzepte – Köln Mobil 2025, Integrationskonzept, Diversity usw. - weiterführen und weiterentwickeln. Dies ist ebenfalls zu begrüßen und zeigt eine notwendige Kontinuität. Kontinuität erwarten die Gewerkschaften auch im Hinblick auf die Beteiligung bei der Weiterentwicklung dieser Konzepte. Der Forderung zur Einbindung des kommunalen Verkehrsunternehmens und zur Schaffung ganzheitlicher Verkehrskonzepte muss das Bündnis noch nachkommen.

Betrachtet man einzelne Forderungen und geplante Maßnahmen, zeigen sich Licht und Schatten sowie eine Vielzahl offener Fragen, auf die die Kooperationspartner in den kommenden Jahren Antworten geben müssen.

Finanzen:

- Die Forderung nach einer grundlegenden Neuordnung der Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen ist wichtig und richtig. Hier erwarten wir mit Spannung entsprechende Initiativen gegenüber Land und Bund.
- Die konsequente Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln ist mit Blick auf die Haushaltslage von



zentraler Bedeutung. Ob hierzu aber ein neues Fördermanagement aufgebaut werden muss, ist fraglich. Mit der Regionalagentur und dem Region Köln-Bonn e.V. bestehen zwei Institutionen, die entsprechende Informations- und Beratungskapazitäten bereithalten. An diesen Institutionen ist die Stadt Köln durch Personalabordnungen beteiligt.

- Die angestrebte wirkungsorientierte Steuerung der Ausgaben ist richtig. Wichtig ist dabei, nachvollziehbare und transparente Kriterien zu entwickeln, die diesem Anspruch gerecht werden.

Konzern Stadt und ihre Töchter der Daseinsvorsorge

Die Kooperationspartner treten dafür ein, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Kraft des Stadtwerkes zu stärken und die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Dies bedeutet aus unserer Sicht auch, dass für alle politisch gewollten Leistungserweiterungen, insbesondere für die defizitären Unternehmen, welche die Eigentümerin bzw. der Rat der Stadt Köln erwarten, die notwendigen Mittel berücksichtigt werden und die Zukunftsfähigkeit nicht durch eine zu hohe Gewinnabführung gefährdet wird.

An mehreren Stellen wird zum Thema Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Köln auf Effizienzsteigerungen verwiesen. Im Konzern Stadt und in seinen Töchtern, als einer der größten Arbeitgeber der Region Köln, wurden bereits in den vergangenen Jahren mehrfach Restrukturierungsprozesse sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung durch die Beschäftigten erbracht.

Die angestrebte Stärkung der Leistungskraft und Handlungsfähigkeit braucht gute Beschäftigung und gute Arbeit, denn sie sind Voraussetzung für die angestrebte Stärkung.

Dass das Gestaltungsbündnis auf Veräußerungen städtischer Beteiligungsgesellschaften verzichten will, welche bedeutsame Aufgaben für die Stadt erbringen, ist eine positive Botschaft. Hierzu zählen wir die in den Kommunalpolitischen Forderungen ausgewiesenen Bereiche der öffentlichen Daseinsvor- und Daseinsfürsorge. Hieran werden wir das Kooperationsbündnis messen, damit wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen und gute Beschäftigung erhalten bleibt.

Allerdings weist das Gestaltungsbündnis im Hinblick auf die Verwaltung der Stadt Köln aus, dass Ausgliederungen nach sorgfältiger Prüfung unter Einhaltung von Voraussetzungen sinnvoll sein können, gleichwohl sorgfältig abgewogen werden. Es ist bedauerlich, dass sich an keiner Stelle der Kooperationsvereinbarung Zielrichtungen finden, welche eine kritische Prüfung der bereits extern vergebenen Leistungen vorsieht. Andere Kommunen sind da weiter in der Betrachtung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ‚Privat vor Staat‘ genau die ausgewiesenen Voraussetzungen nicht erfüllen kann und wenn doch, dann meist zu Lasten von guter Beschäftigung, Tarifbindung und Qualität der Arbeit.

Stadtentwicklung:

- Die Leitziele geben den allgemein üblichen Planungsstand für großstädtische Räume wieder. Bis auf den letzten Spiegelstrich kann der Rat alle Ziele durch entsprechende Beschlüsse positiv beeinflussen. Interessant ist die Umsetzung des letzten Spiegelstrichs (Schaffung kurzer Wege), da Standortentscheidungen von Unternehmen oder individuelle Wohnortentscheidungen kaum beeinflusst werden können.
- Bei den Instrumenten wird ein umfassendes strategisches Flächenmanagement als zentrales Planungs-



ziel angestrebt. Hier steht zu befürchten, dass dieses sehr ambitionierte Ziel nur durch einen erheblichen bürokratischen Aufwand erreicht werden kann. Ob die Einbeziehung aller privaten Flächen überhaupt rechtlich zulässig ist, bleibt fraglich. Deswegen sollten Kosten und Nutzen vorab genau betrachtet werden.

- Die angestrebte Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum ist zu begrüßen. In Konkurrenz hierzu steht die Förderung der energetischen Altbausanierung (siehe Zeilen 654 ff.) aus dem Kapitel "Klimaschutz und Energie". Sanierungen sind zwangsläufig mit Mieterhöhung verbunden und können gerade im Bereich des besonders günstigen Wohnraums zu einer finanziellen Überforderung der Mieter/innen führen. Einsparungen beim Energieverbrauch und Mieterhöhungen stehen in der Regel in keinem angemessenen Verhältnis.

Wirtschaft:

- Die Zielsetzung "one face to the customer" entspricht dem geltenden EU- und Bundesrecht.
- Vor der Etablierung eines "Hauses der Wirtschaft" sind Zielsetzung, Kosten und Mehrwert im Vergleich zu bisherigen Kooperationsstrukturen deutlicher zu bewerten.
- Die angestrebte Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Industrie und Mittelstand ist mit Blick auf den technologischen Wandel sehr zu begrüßen. Erfahrungen zeigen, dass hierzu neben der Bereitschaft der Beteiligten auch erhebliche Ressourcen zur Koordination notwendig sind.
- Das Ziel eines regionalen Logistikkonzeptes und einer regionalen Kooperation bietet neue Chancen. Diese angestrebte Kooperation sollte auch stärker auf andere Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden, wie ab den Zeilen 1328 beschrieben.
- Das Bekenntnis zu einer neuen Rheinquerung im Kölner Süden ist von zentraler Bedeutung zur Bewältigung des hohen Verkehrsaufkommens und bietet gleichzeitig Entwicklungsperspektiven in diesem Bereich.
- Die Unterstützung eines Containerhafens in Niederkassel ist ebenfalls ein wichtiger Schritt für die wegfallende Hafenfläche im rechtsrheinischen Köln (Deutz und Mülheim) sowie zur Anbindung der Wirtschaft im Kölner Osten. Ein Ersatz für den geplanten Containerhafen in Godorf kann dieser Hafen aber nicht darstellen, da die Schienen- und Straßenverbindung zur linksrheinischen Industrie auf absehbare Zeit nicht ausreichend sind.

Mobilität und Verkehr:

- Köln hat als Großstadt mit erheblichen Verkehrsproblemen zu kämpfen. Mit einem Maßnahmenbündel - Umsetzung bestehender Konzepte und dem Ausbau vorhandener Angebote - wollen die Kooperationspartner diesen Problemen begegnen. Hierzu gehört auch ein Umbau der Dezernate. Die Schaffung neuer Führungsstrukturen wird aber alleine nicht helfen. Vielmehr geht es um die Frage, mit welchen personellen Ressourcen die Verwaltung in diesem Bereich insgesamt ausgestattet wird, um Mobilität und Verkehr zukunftsfähig zu steuern.
- Das Bekenntnis zur "Sanierung und zum Ausbau einer umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur" ist wichtig. Hier fehlt aber der Begriff "bedarfsgerecht".



- Bei der Ankündigung, dass Carsharing- und Leihradangebote ausgebaut werden, fehlt der Hinweis, durch wen dieser Ausbau erfolgen wird. Sollen Stadt oder Stadtwerke-Konzern in das Carsharing-Geschäft einsteigen?
- Der Ausbau von Park&Ride an den Stadtgrenzen ist eine wichtige Maßnahme. Sie reicht aber nicht aus. Mit Blick auf die Pendlerströme ist ein koordiniertes Vorgehen mit den umliegenden Städten und der Bahn AG zwingend notwendig.
- Es fehlt ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Anteile am Flughafen Köln/Bonn im öffentlichen Eigentum.

Soziales und Integration:

- Der angestrebte Armuts- und Reichtumsbericht kann ein sinnvolles Steuerungsinstrument für verschiedene Politikfelder werden. Er darf aber nicht - wie das Kölner Bildungsmonitoring - einfach in der Schublade verschwinden.
- Mit Blick auf den demographischen Wandel ist die Fokussierung auf die Zielgruppe Senioren/innen ein wichtiges Signal. Der demographische Wandel ist aber ein Querschnittsthema und muss in annähernd allen Politikbereichen berücksichtigt werden.
- Im Bereich der Integration von Geflüchteten hat die Stadt Köln im Vergleich zu vielen anderen Kommunen eine gute Arbeit geleistet. Es fehlen aber zwischen den einzelnen Akteuren abgestimmte Integrations- und Förderkaskaden. Zudem sind erhebliche finanzielle Anstrengungen für eine gelingende Integration notwendig. Deswegen ist zu hoffen, dass CDU und GRÜNE über die im Kooperationsvertrag skizzierte Unterstützung der bisherigen Bemühungen auch neue Initiativen starten.
- Gleiches gilt im Prinzip für die Vorstellungen zur Migration und Integration allgemein. Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Köln zeigt, dass die interkulturelle Kompetenz bei Stadt und im Stadtwerke-Konzern konsequent ausgebaut werden muss, dass Konzepte der interkulturellen Stadtentwicklung verstärkt implementiert werden müssen, und dass der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung erhöht werden muss. Letzteres wird auch von CDU und Grünen angestrebt (siehe Zeilen 1392 ff.).

Arbeitsmarktförderung:

- Gerade in Köln gibt es eine gute Tradition von Sozialpartnern, Kammern und Arbeitsverwaltung, gemeinsam Modellprojekte zu entwickeln und umzusetzen. Dreh- und Angelpunkt innovativer Projekte wie "Umsteigen", "Kölner Bildungsmodell" oder "KoBAM" ist das Kölner Bündnis für Arbeit.
- Die angestrebte Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung für Menschen ohne Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt ist ein richtiger Weg. Dies darf aber nicht zu einer Ausweitung von sogenannten Arbeitsgelegenheiten oder zu Lohndumping führen. Vielmehr sind sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse anzustreben.



Schule und Weiterbildung:

- Das Ziel eines bedarfsgerechten Ausbaus des Schulwesens entsprechend dem Elternwillen ist zu begrüßen. Es wird jedoch schon seit Jahren beschworen, ohne dass den Worten entsprechende Taten gefolgt wären. Während alle Kinder, die auf ein Gymnasium möchten, dort auch einen Platz erhalten, werden jedes Jahr zwischen 600 und 800 Kinder von den Gesamtschulen mangels Platz abgelehnt. Wer es ernst meint mit dem Elternwillen, muss insbesondere den Ausbau von Gesamtschul-Kapazitäten massiv und zeitnah vorantreiben.
- Inklusion und Integration erfordern den Einsatz multiprofessioneller Teams (Lehrer/innen, Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, Schulpsychologen/innen etc.) in den Schulen. Die Stadt soll deren Arbeit durch Maßnahmen unterstützen, die diesen Teams die kollegiale Zusammenarbeit auf Augenhöhe ermöglicht.
- Es überrascht, dass die Kölner Hochschulen nur im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Industriestandorts Köln erwähnt werden. Wir sehen Hochschule nicht als Standortfaktor und Ressource für die Wirtschaft, sondern als Institution mit gesellschaftlichem Bildungsauftrag, die durch unabhängige Forschung und Lehre einen nachhaltigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten soll. Dazu gehören auch sichere Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen für die Lehrenden, um als Institution den Prinzipien demokratischer Mitbestimmung gerecht werden zu können. Dies gilt in besonderem Maße für die Lehrkräfte in der LehrerInnenausbildung. Die Stadt sollte sich beim Land für die weitgehende Abschaffung der prekären und befristeten Arbeitsverhältnisse im akademischen Mittelbau einsetzen.
- Die Volkshochschule ist deutlich besser als bisher finanziell auszustatten. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung der Dozenten/innen. Für absehbare Daueraufgaben wie die Integration müssen Dauerstellen geschaffen und die Praxis der Kettenbefristungen bei Scheinselbstständigkeit der Honorarkräfte beendet werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Dozenten/innen sind zu stärken.

Jugendhilfe:

- Eine Reduzierung der KITA-Beitragsfreiheit ist der falsche Weg, zumal die eingesparten Mittel ganz überwiegend nicht dem offenen Ganztags zugutekommen, sondern dem Bildungsbereich ganz entzogen werden. Ebenso wie die Schule muss die frühkindliche Bildung grundsätzlich beitragsfrei sein. Dahin sollten Schritte unternommen werden, statt das Rad zurückzudrehen.
- Der bedarfsgerechte Ausbau von KITA-Plätzen ist zu begrüßen. Allerdings sollte dies in städtischer Eigenregie geschehen. Wir lehnen die Ausweitung auf nicht-städtische Träger und den KITA-Bau mit Privatinvestoren als PP-Projekte ab. Neben dem Ausbau sehen wir die Stadt auch in der Verantwortung für Sanierung und Werterhaltung der bestehenden KITAs.
- Neben einem weiteren Ausbau des Ganztags in Köln sollte die Stadt auch die Verantwortung für eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten im Blick haben und diese im Rahmen der Kooperationsverträge von den Trägern des Ganztags einfordern.
- Die Aufnahme des gebundenen und Offenen Ganztags in das Schulgesetz ist beim Land einzufordern, um Qualitätsstandards und eine tarifliche Bezahlung der dort Beschäftigten abzusichern.
- Der Ausbau "Streetwork" als niederschwellige und präventive Maßnahme der Jugendhilfe ist sehr zu



begrüßen.

- Aus Sicht der Gewerkschaftsjugend werden in der Vereinbarung insgesamt zu wenige jugendpolitische Themen angesprochen, z.B. die Förderung der Jugendverbandsarbeit, Fragen rund um die Ausbildung und jugendspezifische Beteiligungsformen.

Fazit:

Die wichtigste „Währung“ in der Politik ist Glaubwürdigkeit. Die Kooperationsvereinbarung von CDU und Grünen formuliert hohe Ansprüche, die zum Teil im Widerspruch mit konkreten Zielen stehen. Dies kann daran liegen, dass eine Vereinbarung naturgemäß nicht alles erklären und jedes Detail beschreiben kann. Jetzt liegt es an den Kooperationspartnern, den angekündigten neuen Politikstil zu leben, sich als Gestaltungsbündnis zu präsentieren und für die angekündigten Ziele und Maßnahmen in der Stadtgesellschaft und im Rat zu werben.

Die Kölner Gewerkschaften werden diesen Prozess konstruktiv-kritisch begleiten. Sie erwarten, dass sich das Gestaltungsbündnis mit unseren Forderungen und unserer Kritik für künftige Dialoge auseinandersetzt - im Sinne des Titels der Kommunalpolitischen Forderungen: „Für eine gute Zukunft der Stadt“.

